

Walter Rauscher

Österreichs außenpolitischer Kurs 1933/34

Die Zwischenkriegszeit in Europa war geprägt von einer schweren Krise der Demokratie und des liberalen Systems. In einer ganzen Reihe von Staaten konnten sich demgemäß Diktatur und Totalitarismus etablieren.³⁷ Zwischen dem „Marsch auf Rom“ im Oktober 1922 und der nationalsozialistischen Machtergreifung von Januar bis März 1933 hatten sich bereits zahlreiche autoritäre bzw. faschistische Staatsgewalten gefestigt. Im Juni 1923 kam in Bulgarien die autoritäre Regierung Cankov durch einen Militärputsch an die Macht. Wenige Monate später, im September errichtete General Primo de Rivera in Spanien eine Diktatur. Mustafa Kemal Atatürk ging in der Türkei seit Oktober 1923 daran, das Land mittels der Herrschaft einer einzigen Partei zu regieren. In Albanien herrschte Ahmed Zogu seit 1925 autoritär und nahm nach drei Jahren schließlich den Königstitel an. In Polen gewann Marschall Piłsudski durch einen Offiziersputsch im Mai 1926 die Macht, in Portugal leitete ein Aufstand der Militärs unter General Gomes da Costa den Übergang von der Republik hin zur Diktatur ein. Litauen wiederum wurde seit Ende 1926 diktatorisch regiert, in Jugoslawien führte 1929 Alexanders Staatsstreich zur Königsdiktatur, und in Rumänien herrschte König Carol seit 1930 autoritär. Ab Oktober 1932 trieb Ministerpräsident Gömbös, ein Mann mit rechtsextremen und antisemitischen Wurzeln, in Ungarn die „nationale Revolution“ voran. Hitlers Regierungsbetrauung vom Januar 1933 markierte noch nicht einmal den Schlusspunkt. 1934 verließen auch Estland und Lettland den demokratischen Weg. General Metaxas griff im August 1936 in Griechenland nach der Alleinherrschaft. Der bis 1939 erbittert geführte Bürgerkrieg in Spanien brachte schlussendlich den von Italien und Deutschland unterstützten General Franco an die Spitze des Staates, die er dann für Jahrzehnte behaupten konnte. Keines der genannten Regime erreichte freilich auch bloß annähernd die Popularität des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Dies trifft gerade auch auf den österreichischen Ständestaat zu, der seit seinem Bestehen unter den Einflussbereich beider Diktaturen geriet.

Die innenpolitische Entwicklung Österreichs blieb selbstverständlich nicht ohne Auswirkungen auf die Außenpolitik der Regierung Dollfuß. Am Ballhausplatz selbst wurde dabei mehr denn je das Altösterreichertum gepflegt. Die Diplomatie

³⁷ Vgl. Karl Dietrich *Bracher*, Nationalsozialismus, Faschismus und autoritäre Regime. In: Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, ed. Gerald *Stourzh* und Brigitta *Zaar* (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte 16, Wien 1990) 1-27.

sah sich mehr der Tradition der zertrümmerten Donaumonarchie als dem republikanischen Umbruch von 1918 verpflichtet. Der Patriotismus wurde hochgehalten, eine starke, möglichst wenig von demokratischen Einflüssen behinderte Staatsgewalt begrüßt. Für eine solche Haltung stand etwa Theodor Hornbostel, der innerhalb der für die politischen Angelegenheiten zuständigen Abteilung 13 des Bundeskanzleramts zum wichtigsten Beamten aufgestiegen war.³⁸ Loyal und konservativ gesinnt, setzte er den Kurs der Bundesregierung in die Praxis um, wobei er sich allerdings durchaus darum sorgte, dass Wien mit seinen Partnern zu enge Bindungen eingehen könnte. Bei allen ideologischen Einflüssen musste am Ballhausplatz freilich dem Pragmatismus der Vorrang gegeben werden, und dies bedeutete in diesen Jahren mehr denn je, in der außenpolitischen Strategie auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen.

Die Frage der Existenzfähigkeit Österreichs war seit Gründung der Alpenrepublik ein immer wiederkehrendes Thema der europäischen Politik. Handelspolitisch tauchte dabei bisweilen das Lösungsmodell einer Zollunion auf: 1922 mit Italien, 1930/31 mit Deutschland. Nach den Besprechungen mit Inginio Brocchi 1931 stand Sektionschef Richard Schüller seit 1932 mit Italien und Ungarn in Präferenzzollverhandlungen. Die wichtigsten Handelspartner der Alpenrepublik waren an sich die Nachbarländer und im Besonderen die Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie. Österreichs Außenhandel hatte seit 1930 jedoch einen erheblichen Einbruch erlitten, was sich gerade auch auf die heimische Beschäftigungssituation negativ auswirkte. Schüller, dem maßgeblichen handelspolitischen Experten des Ballhausplatzes während der gesamten Zwischenkriegszeit, schien es jedenfalls evident, dass Österreich „unbedingt eine Erweiterung seines Wirtschaftsraumes“ brauche.³⁹

In seiner Abwehrstellung gegen Nationalsozialismus und Sozialdemokratie suchte das Dollfuß-Regime Anlehnung an zwei benachbarte Staaten, die der vaterländischen Orientierung der sich ausbildenden Wiener Regierungsdiktatur trotz aller Unterschiede nahestanden: an Italien und Ungarn. Schon in den zwanziger Jahren hatten sich die Beziehungen der beiden „Erbfeinde“ verbessert. Dafür sorgte bereits der von Bundeskanzler Schober abgeschlossene Freundschaftsvertrag. Die Südtirolfrage stand einem wirklich problemfreien Verhältnis allerdings weiterhin im Weg.⁴⁰ Deswegen machte Sektionschef Schüller im Februar 1933 anlässlich

³⁸ Seit 1. Januar 1927 Legationsrat, bekleidete Hornbostel schließlich ab 20. Oktober 1932 den Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers. Biografisches zum Vorstand der Politischen Abteilung siehe bei Christian Dörner und Barbara Dörner-Fazeny, Theodor von Hornbostel, 1889-1973 (Wien 2006).

³⁹ Arnold Suppan, Jugoslawien und Österreich 1918-1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld (= Veröffentlichungen des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 14, Wien 1996) 1060; Unterhändler des Vertrauens. Aus den nachgelassenen Schriften von Sektionschef Dr. Richard Schüller, ed. Jürgen Nautz (Wien-München 1990).

⁴⁰ Vgl. dazu Walter Rauscher, Österreich und Italien 1918-1955. In: Von Saint-Germain zum Belvedere. Österreich und Europa 1919-1955, ed. Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan und Elisabeth Vyslonzil (Wien-München 2007) 186-209.

seines Besuchs in Rom Mussolini darauf aufmerksam: „Sie könnten dem Bundeskanzler behufs Kräftigung seiner innerpolitischen Stellung keinen grösseren Dienst erweisen, als wenn Sie auf kulturellem Gebiete in Südtirol Besserungen eintreten lassen würden“. (ADÖ 9/1277) Allein der faschistische Diktator zog es vor, den österreichischen Wunsch ganz einfach zu ignorieren.

Außenpolitik passt sich zumeist den realen internationalen Konstellationen an, und so schien es aufgrund der nationalsozialistischen Bedrohung für Wien das Gebot der Stunde, einen denkbar engen Kontakt mit Rom zu suchen. Von der Unterstützung Großbritanniens und Frankreichs glaubte man nämlich, nicht allzu viel erwarten zu dürfen. Es entsprang somit keineswegs bloß dem mehr oder weniger verwandten ideologischen Hintergrund, sondern vielmehr opportuner Kalkulation, dass der Ballhausplatz Mussolini zum Beschützer der völkerrechtlichen Unabhängigkeit auserwählte. Deshalb suchte Dollfuß auch die Entrevue mit dem Duce: „Angesichts der durch Ereignisse in Deutschland eingetretenen Unklarheit in Beziehung Oesterreichs zu Deutschland wäre es mir dringend erwünscht mich ehestens mit Herrn Mussolini auszusprechen.“ (ADÖ 9/1286) Als Dollfuß den Duce im April 1933 in Rom besuchte, versicherte dieser dem Bundeskanzler, „dass eine autoritäre Regierung in Österreich, die die Erhaltung eines selbständigen Österreich sich zum Ziele setzt“, auf seine Freundschaft und Hilfe „immer wird rechnen können.“ (ADÖ 9/1289) Dollfuß nutzte seine Romreise freilich auch zu Konkordatsverhandlungen, im Rahmen derer ihn Papst Pius XI. in seiner antimarxistischen Orientierung nur noch weiter bestärkte.⁴¹

Ungarn wiederum war zum Unterschied zu Österreich nicht bloß revisionistisch gesinnt, es stand auch dem Dritten Reich weit positiver gegenüber. „Die ungarische Regierung und insbesondere Kánya hätten grosse Stücke auf Hitler und sein Regime gehalten, da sie die Hoffnung hatten, Deutschland würde sich unter Hitler innerlich vollkommen regenerieren und kraftvoll zusammenschliessen, *ohne* hierbei das Ausland so vor den Kopf zu stossen“, brachte man dementsprechend auch im Bundeskanzleramt die Budapester Einschätzung der Situation in Erfahrung. (ADÖ 9/1298) Ministerpräsident Gömbös beeilte sich allerdings, gegenüber dem österreichischen Gesandten Hennet zu betonen, dass ähnlich wie Italien auch Ungarn „von seinem Standpunkte aus entschieden gegen den Anschluss sein“ müsse. Der Regierungschef vertrat dabei die „Ansicht, dass das beste Einvernehmen zwischen Rom, Berlin, Budapest und Wien herrschen müsse, was gegenwärtig die einzig mögliche Politik sei. Oesterreich aber habe dabei eine ganz besondere grosse Aufgabe politischer und wirtschaftlicher Natur, die für ganz Europa äusserst wichtig und auch für Deutschland so bedeutungsvoll sei, dass die Frage des Anschlusses auch für Deutschland demgegenüber vollkommen zurücktreten müsse.“ (ADÖ 9/1284)⁴²

⁴¹ Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei, 233.

⁴² Vgl. ADÖ 9/1278, 1279 und 1283.

Mussolini jedenfalls betrachtete Österreich als Glacis gegen die deutschen Aspirationen in Richtung Süden und Südosten. Wie Deutschland suchte freilich auch Italien, zumindest was die Einflussphären betraf, im Donau- und Balkanraum das Erbe der zertrümmerten Habsburgermonarchie anzutreten. Im gemeinsamen Kampf gegen den Nationalsozialismus befand sich die Regierung in Rom demgemäß an der Seite der westlichen Demokratien, die ebenfalls die Unabhängigkeit Österreichs bewahrt sehen wollten. Deshalb war die Entfremdung der österreichischen Außenpolitik von den Westmächten seit dem März 1933 bloß eine partielle, da London und Paris naturgemäß eine Frontstellung Italiens als Protektor des kleinen nördlichen Nachbarn gegenüber Deutschland keineswegs ungelegen kam und die „Selbstausschaltung des Parlaments“ im Foreign Office und am Quai d'Orsay weit weniger Beunruhigung hervorrief als in den sozialdemokratischen Parteizentralen Europas. Im Gegenteil sollte es der Bundeskanzler durchaus verstehen, etwa bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz Mitte Juni Sympathien zu gewinnen. (ADÖ 9/1323) Es bedurfte dafür eigentlich bloß, die Versicherung abzugeben, die österreichische Sozialdemokratie nicht komplett zerschlagen zu wollen.⁴³ Die österreichische Diplomatie sah ihre internationale Situation derart günstig, dass sogar die Aufnahme in den Völkerbundrat erörtert wurde. (ADÖ 9/1345, 1348 u. a.)

Ein Zusammengehen Roms mit Berlin musste der Ballhausplatz in dieser Phase nicht befürchten. Im Gegenteil war das Verhältnis zwischen dem Dritten Reich und dem faschistischen Italien in den ersten Jahren mehr von Rivalität denn von ideologischer Freundschaft geprägt. Nirgendwo stießen die gegensätzlichen Interessen Hitlers und Mussolinis so frontal aufeinander als in Österreich. Aber endlich an der Macht, verfolgte Hitler zunächst einmal die Strategie des „evolutionären Wegs“, der politischen Gleichschaltung, die dann als logische Konsequenz zum Anschluss führen sollte. Die österreichischen Nationalsozialisten unter der Führung des undiplomatischen Landesinspektors der Reichsleitung Theo Habicht gaben sich dagegen radikal und strebten die Revolution an.⁴⁴ Zum Auslöser des deutsch-österreichischen Konflikts wurden die Äußerungen des nationalsozialistischen Reichskommissars für die Gleichschaltung der deutschen Justiz, Hans Frank, am 18. März 1933, in der er in einer Rundfunkrede Österreich offen mit einer gewaltsamen Intervention gedroht hatte. (ADÖ 9/1301)

Der Besuch Görings in Rom, ebenfalls im April 1933, brachte keine Klärung des österreichischen Problems. Mussolini empfand die Verhandlungen mit Göring als „lang und schwierig“.⁴⁵ Der preußische Ministerpräsident versicherte zwar im Auftrage Hitlers dem Duce, die Brennergrenze nicht in Frage stellen zu wollen. Für Österreich verlangte er jedoch Neuwahlen und eine nationalsozialistische

⁴³ Siehe Walter *Goldinger*, und Dieter A. *Binder*, *Geschichte der Republik Österreich 1918-1938* (Wien-München 1992) 206 f.

⁴⁴ Vgl. *Goldinger* und *Binder*, *Geschichte der Republik Österreich*, 204.

⁴⁵ Documents Diplomatiques Belges 1920-1940, ed. Ch. de Visscher e F. Vanlangenhove. La politique de sécurité extérieure, tome 3, Nr. 10.

Regierungsbeteiligung. Vor der Öffentlichkeit wollte Göring freilich von einer „österreichischen Frage“ nichts wissen und beteuerte, dass „die deutsche Reichsregierung mit aller Energie gegen die Anschlusspropaganda auftreten“ werde, „da sie den Anschluss für unzeitgemäß und inopportun halte.“⁴⁶

In Wien war es zu Gesprächen zwischen Habicht auf der einen und Rintelen, Buresch und Schuschnigg auf der anderen Seite gekommen, in denen der Landesinspekteur Görings Vorstellungen paraphrasierte. Vor einer Aufnahme nationalsozialistischer Regierungsmitglieder und landesweiten Wahlen schreckten die sich auf Notverordnungen stützenden christlich-reaktionären Machthaber dann aber doch zurück.⁴⁷ Die Auseinandersetzung zwischen der Bundesregierung und den österreichischen Nationalsozialisten verschärfte sich daraufhin. Im Mai 1933 sah sich Dollfuß deshalb gezwungen, eine erste scharfe Maßnahme gegen die nationalsozialistische Gefahr in Österreich zu treffen, indem er das Tragen der braunen Parteiuniform untersagte. Darüber hinaus ging er auch gegen nationalsozialistische Beamte vor. Reichsminister Frank goss noch zusätzlich Öl ins Feuer. Er reiste in die Alpenrepublik, obwohl die Bundesregierung diesen provokanten Besuch als unerwünscht bezeichnet hatte. Nach einer besonders aggressiven Rede in Graz verfügte die Bundesregierung schließlich, Frank am 15. Mai des Landes zu verweisen.(ADÖ 9/1301)

Berlin antwortete mit wirtschaftlichen Maßnahmen. Hitler hatte diese bereits Wochen zuvor gegenüber dem Gesandten Tauschitz angedeutet. (ADÖ 9/1307) Um den Tourismus der Alpenrepublik nachhaltig zu schädigen, hatte fortan jeder Reichsdeutsche bei der Einreise nach Österreich tausend Mark zu bezahlen – ein praktisch prohibitiver Betrag.(ADÖ 9/1301)⁴⁸ „Die Anordnung der deutschen Ausreisesperre widerspricht sowohl dem Wortlaute als auch dem Geiste des Art. 10 der Völkerbundsatzung wie auch dem völkerrechtlichen Verbote der Intervention“, resümierte die Abteilung 15 im Bundeskanzleramt. „Aber auch abgesehen davon widerspricht die Ausreisesperre, wenn vielleicht auch nicht unbedingt dem Wortlaute, so doch desto sicherer dem Geiste des österreichisch-deutschen Handelsvertrages, des Art. 23 e) der Völkerbundsatzung und der in der Folge abgeschlossenen Verkehrsabkommen. Sie widerspricht endlich auch dem Rechtsgefühl, das sich gegen den Missbrauch des Rechtes, nur um Unrecht zu erzwingen, sträubt.“(ADÖ 9/1320)

Als Antwort auf die Tausend-Mark-Sperre führte Wien den Visumzwang für den kleinen gemeinsamen Grenzverkehr ein. Gerade die bisher zwischen Deutschland

⁴⁶ Amtserinnerung des Bundeskanzleramts/Auswärtige Angelegenheiten, geheim. Wien, 23. 5. 1933, Z. 22 598/13. In: AdR, NPA, Deutschland I/1 geheim.

⁴⁷ *Goldinger* und *Binder*, Geschichte der Republik Österreich, 204 f.

⁴⁸ Vgl. Dieter A. *Binder*, Dollfuß und Hitler – Über die Außenpolitik des autoritären Ständestaates in den Jahren 1933/34 (Graz 1979) 113 ff.; Gustav *Otruba*, Hitlers „Tausend-Mark-Sperre“ und die Folgen für Österreichs Fremdenverkehr (1933-1938) (= Linzer Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 9, Linz 1983).

und Österreich pendelnden Nationalsozialisten sahen sich so in ihrer Bewegungsfreiheit empfindlich eingeschränkt. Nichtsdestoweniger terrorisierten sie das Land mit Bombenattentaten, Mordanschlägen auf prominente Politiker und Brandstiftungen, sodass die Bundesregierung Habicht am 27. Mai nicht als Presseattaché der deutschen Gesandtschaft anerkannte, ihm am 13. Juni auswies und schließlich am 19. Juni der NSDAP jede Betätigung verbot.(ADÖ 9/1306 und 1317)⁴⁹ Viele Nationalsozialisten flohen daraufhin über die Grenze nach Bayern, wo sie zur „Österreichischen Legion“ zusammengefasst und für den Einmarsch in die Alpenrepublik vorbereitet wurden. Berlin reagierte außerdem mit der Verhaftung des österreichischen Presseattachés Wasserbäck und einem Verbreitungsverbot für 52 österreichische Zeitungen.(ADÖ 9/1318 und 1319)

Anfang Juni 1933 besuchte Dollfuß neuerlich Rom, um mit dem Duce nicht zuletzt die innen- und außenpolitische Lage Österreichs zu besprechen. Mussolini stellte dabei dem Bundeskanzler in Aussicht, „nötigenfalls auf Grundlage des Viermächtepaktes im österreichischen Interesse in Berlin zu intervenieren.“(ADÖ 9/1316) Erfreulich war für Dollfuß auch die Unterzeichnung des Konkordats mit dem Vatikan am 5. Juni.(ADÖ 9/1305, 1310 und 1314) Dessen Ratifikation durch den Bundespräsidenten sollte schließlich erst am Tag der neuen, ständisch-autoritären Verfassung, am 1. Mai 1934, erfolgen, nachdem noch am 17. März Ergänzungen und Abänderungen vorgenommen worden waren.(ADÖ 9/1438)

Der revisionistisch inspirierte Viermächtepakt vom 7. Juni 1933 mochte in Wien mancherorts das Gefühl einer gewissen Garantie der eigenen staatlichen Unabhängigkeit im Rahmen des Völkerbundes wecken, doch die nationalsozialistische Bedrohung konnte unmöglich ignoriert werden. Dafür sorgte schon die Propaganda aus der Luft und aus dem Äther.(ADÖ 9/1334) All diese Aktivitäten gingen primär auf Habicht zurück, der nach wie vor glaubte, das Dollfuß-Regime mit aggressiven Mitteln stürzen zu können. In der vergleichsweise gemäßigten deutschen Diplomatie sorgten die Eigenmächtigkeiten des Landesinspektors zunehmend für Kritik an der nationalsozialistischen Österreichpolitik.⁵⁰

Der nationalsozialistische Terror steigerte jedoch immerhin die Sympathien Europas für die Regierung Dollfuß. Wider Erwarten hielt sich dessen Regime noch immer. Mussolini stärkte zusätzlich den reaktionären Kreisen in Österreich in ihrem Kampf gegen die einheimischen Nationalsozialisten den Rücken. In einem Brief an den Bundeskanzler begrüßte er das „Wiedererwachen des vaterländischen Gefühles“ in Österreich. Auch animierte der Duce den Regierungschef in Wien, der österreichischen Sozialdemokratie „einen Schlag zu versetzen“ und Säuberungsaktionen gegen alle Zentren durchzuführen, „die im Gegensatz zum Autoritäts-

⁴⁹ Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII, 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Bd. 4: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 16. Juni 1933 bis 27. Oktober 1933, bearbeitet von Eszter Dorner-Brader (Wien 1984) 21 ff.

⁵⁰ Alfred D. Low, *The Anschluss Movement, 1931-1938, and the Great Powers* (Boulder-New York 1985)141-143.

prinzip des Staates zersetzende Tendenzen verfolgen, dann würden auch viele, die heute in den Reihen der Nazi tätig sind, in den Kreis der nationalen Front herübergezogen werden.“ Zudem drängte der faschistische Führer zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Österreich und Ungarn „unter der tatkräftigen Hilfe Italiens“ auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet. Diese Kooperation könne die Voraussetzung für die Schaffung eines Systems von Verträgen mit den Staaten der Kleinen Entente und dem Deutschen Reich gleichsam unter der Patronanz Italiens sein. Dollfuß machte in einem Antwortschreiben den Duce darauf aufmerksam, dass die österreichische Sozialdemokratie bereits entscheidend zurückgedrängt, der Kampf gegen die Nationalsozialisten wiederum weiter auszufechten sei. Eine Zusammenarbeit mit letzteren auf Regierungsebene lehnte er ab. Mit einer politischen Kraft, die sich anarchistischer Methoden bediene, wolle er nicht kooperieren. Das Verhältnis zu Deutschland könne sich zudem erst dann bessern, wenn Berlin zum einen die Souveränität seines südlichen Nachbarn anerkenne und zum anderen die österreichischen Nationalsozialisten als innere Angelegenheit Österreichs akzeptiere.⁵¹

Mussolini spielte gerne die Rolle des Beschützers des kleinen Nachbarn jenseits des Brenners. Dabei stellte er dem Ballhausplatz in Aussicht, Hitler unzweifelhaft zu erklären, dass die „Unabhängigkeit Österreichs nicht nur ein europäisches sondern auch vor allem ein italienisches Interesse sei und dass man daraus die Konsequenzen ziehen werde“. Dementsprechend erfolgte aufgrund der nationalsozialistischen Umtriebe gegen die Alpenrepublik am 3. August in Berlin durch den italienischen Botschafter ein diplomatischer Schritt, der den Zweck hatte, „die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland auf eine Weise zu klären, durch die verhindert werden könne, dass eine für alle unangenehme Situation sich aus der Spannung entwickeln könnte.“ Eine vom Foreign Office vorgeschlagene gemeinsame Demarche wurde aber in Rom als inopportun bezeichnet. (ADÖ 9/1338 und 1351) Italien ging seinen eigenen Weg, wenngleich bereits auch den Verantwortlichen in Rom klar war, dass der Anschluss letztlich wohl nicht verhindert, sondern bloß verzögert werden konnte. Die britisch-französische Demarche erfolgte schließlich am 7. August. (ADÖ 9/1356 ff.) Die Schritte der drei europäischen Mächte beeindruckten Habicht nur wenig. Borniert fuhr er – von Berlin lediglich pro forma zurückgehalten – fort, mit propagandistischen Methoden am Sturz der Regierung Dollfuß zu arbeiten. Aber nicht bloß Flugzettel und Rundfunkansprachen gaben Anlass zur Sorge. Vielmehr stand während des Sommers 1933 auch die Gefahr einer Invasion von österreichischen SA-Einheiten aus Bayern im Raum.⁵²

Wien zählte in jenen Tagen mehr denn je auf den Beistand Roms. Das ausgesprochen gute Verhältnis zwischen Dollfuß und Mussolini erfuhr beim Treffen

⁵¹ Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuß (Wien 1949) 16 f.

⁵² Low, *The Anschluss Movement*, 144-146.

in Riccione vom 19. und 20. August 1933 dann auch eine weitere Vertiefung. Als wesentliches Ergebnis des Besuches galt nach der offiziellen Sprache der österreichischen Diplomatie, „daß Herr Mussolini und seine Regierung die Haltung der österr. Bundesregierung im allgemeinen und insbes. in ihrem Abwehrkampfe gegen die Einmischungsversuche des deutschen Nationalsozialismus rückhaltlos billigen und bereit sind, nach wie vor Oesterreich wirksame Unterstützung angedeihen zu lassen. Herr Mussolini erklärte sich bereit, seinen ganzen Einfluß in Berlin auch weiterhin zum Schutze der Unabhängigkeit u. ruhigen Entwicklung Österreichs u. im Interesse einer ehemöglichen Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verwenden und seinen Schritten nötigenfalls einen zunehmend strengeren Charakter zu verleihen.“(ADÖ 9/1369) Der italienische Diktator animierte den Bundeskanzler dabei freilich, in Österreich das autoritäre Regime auszubauen. Vor der internationalen Öffentlichkeit konnten diese Maßnahmen schließlich als erforderliche Anstrengungen der Staatsgewalt zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit gerechtfertigt werden.

Die Völkerbundversammlung Ende September hätte Dollfuß die Gelegenheit für eine vertrauliche Unterredung mit Neurath geboten. Allein die beiden an sich gesprächswilligen Staatsmänner taktierten solange, dass es trotz der Bemühungen des ungarischen Außenministers aus Angst vor einem Gesichtverlust schließlich doch nicht zu einem gemeinsamen Gespräch kam.(ADÖ 9/1380) Dagegen erfolgte bei der Heimreise des Bundeskanzlers am 29. September am Bahnhof Wörgl eine zwanzigminütige Zusammenkunft mit Beneš, der sich seinerseits gerade am Weg nach Genf befand. Der Außenminister erklärte bei dieser Gelegenheit, „dass die tschechoslowakische Regierung mit ihm in seinem Abwehrkampfe gegen den Nationalsozialismus vollkommen zur Verfügung stehe. Sollte es zu einem Handstreich seitens der Nationalsozialisten von aussen her kommen, so würde die Tschechoslowakei nur dann militärisch reagieren – selbst wenn Italien bereits militärische Massnahmen genommen hätte – wenn es der Herr Bundeskanzler ausdrücklich wünsche.“ Was die innenpolitische Entwicklung Österreichs betraf, wiederholte Beneš seine Auffassung, dass er ein Heranziehen der sozialistischen und demokratischen Kreise für wünschenswert hielt, „fügte jedoch bei, dass er vollkommen einsehe, dass die österreichischen Sozialdemokraten nicht koalitionsfähig seien.“ Der Außenminister bot Dollfuß zudem an, „gewünschtenfalls durch die tschechoslowakischen Sozialdemokraten auf die österreichischen einzuwirken.“(ADÖ 9/1380)

Am 18. Oktober kam es dann in Wien zu einer weiteren Unterredung des Bundeskanzlers mit dem sich wieder auf der Heimreise befindlichen Beneš. Letzterer zeigte sich über das Ergebnis „sehr befriedigt und betonte, dass sein Besuch – und dies sei mit seine Absicht gewesen – wesentlich dazu beigetragen haben dürfte, das gute Verhältnis zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich vor aller Welt und insbesondere aber vor der tschechoslowakischen Oeffentlichkeit zu dokumentieren.“ Wieder zurück in Prag, bezeichnete es der Außenminister sodann

gegenüber seinem langjährigen Gesprächspartner, dem Gesandten Marek, eine Politik Österreichs als „gut und klug, die das Bestreben zeige, nach allen Seiten unabhängig zu bleiben und sich weder in die deutsche noch in die italienische Tasche zu verkriechen.“ Mit Genugtuung wollte der tschechoslowakische Außenminister auch feststellen, „dass gewisse Minderwertigkeitskomplexe, die bisher stets in der österreichischen Aussenpolitik bemerkbar gewesen, zu schwinden beginnen, Oesterreich sich auf sich selbst und seinen Eigenwert besinne, die Unterscheidung zwischen ehemaligen Siegern und Besiegten fallen lasse und endlich als ebenbürtiges, gleichberechtigtes Subjekt auch in der Aussenpolitik auftrete. (ADÖ 9/1387)

Mitte Dezember 1933 reiste Fulvio Suvich nach Berlin. In der Österreichfrage kam man dabei jedoch keinen Schritt weiter. Für den italienischen Unterstaatssekretär für Äußeres war die Alpenrepublik ein unabhängiger Staat und eigene Nation. Hitler, der diesen Standpunkt naturgemäß nicht teilen konnte, gab sich zwar am Anschluss Österreichs desinteressiert, verlangte aber zugleich den Rücktritt Dollfuß' und Neuwahlen. Doch zu diesem Zeitpunkt dachten die Italiener keinen Augenblick daran, den christlichsozialen Bundeskanzler fallen zu lassen.⁵³ Mussolini sah Deutschland nach seinem Austritt aus dem Völkerbund nicht bloß international isoliert, sondern darüber hinaus auch wirtschaftlich in größten Schwierigkeiten. Unter diesen Umständen erschien es ihm deshalb durchaus möglich, den deutsch-österreichischen Konflikt zu bereinigen. (ADÖ 9/1394 A)

Nach der Sorge um ein möglichen Staatsstreich seitens der im Lager Lechfeld auf ihre große Stunde wartenden österreichischen Nationalsozialisten während des Sommers, stellte sich ab Frühherbst eine Wende zu einer scheinbar moderaten Haltung ein. So ging es mittlerweile lediglich um eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung. Im letzten Jahresdrittel 1933 kam es daher zu verschiedenen Geheimverhandlungen mit nationalsozialistischen Vertretern, um den deutsch-österreichischen Konflikt endlich zu lösen. Am 30. Oktober suchte etwa Schuschnigg Rudolf Hess in München auf, am 30. November und 1. Dezember weilte Hornbostel in Berlin, um einer persönlichen Aussprache zwischen dem Bundeskanzler und Hitler herbeizuführen. (ADÖ 9/1391) Letzterer wollte von einer solchen allerdings nichts wissen und verwies die Österreicher auf Habicht. Die Ausgleichversuche scheiterten zu guter Letzt allesamt, da zum einen die Bundesregierung unter Dollfuß und die untereinander zerstrittenen Heimwehren nicht an einem Strang zogen. In seltener Einigkeit verhinderten Starhemberg und Fey am 7. Januar 1934 in buchstäblich letzter Minute die Ankunft Habichts in Wien zu Gesprächen. (ADÖ 9/1398)

Zum anderen wollte Berlin in Wirklichkeit dem kleinen Nachbarn im Süden auch gar keine echte Chance einräumen, das Verhältnis zu entspannen und damit seine eigene Selbständigkeit auf Dauer zu sichern. Am 17. Januar protestierte Wien ge-

⁵³ ADAP, C, Bd. 2, Nr. 126; DDF I, tome 5, Nr. 246.

genüber Berlin jedenfalls mit einer Note gegen die andauernden Übergriffe deutscher nationalsozialistischer Stellen. Der Gesandte Tauschitz war dabei beauftragt worden, Neurath zu eröffnen, dass Österreich aufgrund des NS-Terrors die Anrufung des Völkerbundes in ernste Erwägung zog (ADÖ 9/1399 ff.) Allein die Antwort der Reichsregierung vom 1. Februar auf die österreichische Demarche fiel für den Ballhausplatz unbefriedigend aus.(ADÖ 9/1417)

In jenen Tagen durchbrach Berlin vorerst seine Isolation in Europa. Am 26. Januar 1934 schloss Deutschland mit Polen einen Nichtangriffspakt für zehn Jahre ab. Die Verständigung war eine außenpolitische Sensation und erschütterte die Pariser Nachkriegsordnung erheblich, indem sie Frankreichs Position in Osteuropa nachhaltig beschädigte.⁵⁴ Mussolini freilich gedachte, sich von Hitler keinesfalls den Rang ablaufen zu lassen. Wien gegenüber zeigte er sich entschlossen, „bis zum Ende die Unterstützung Österreichs in seinem Unabhängigkeitskampfe aufrechtzuerhalten.“⁵⁵

Allerdings war der österreichische Spielraum durch die Bindung an Italien auch beträchtlich eingeschränkt. Mussolini und Suvich machten deutlich, die Ausschaltung der demokratischen Parteien und eine engere ökonomische Verbindung mit Ungarn zu erwarten. Sie setzten Dollfuß damit gehörig unter Druck, der sich bislang in einem Schlingerkurs gegenüber den anderen politischen Lagern versuchte. Italien war aber lediglich bereit, ein faschistisches Österreich gegen Deutschland zu unterstützen. Was die wirtschaftspolitischen Fragen betraf, führte der Bundeskanzler gegenüber den Wien aufsuchenden Suvich aus, „dass während sich eine Zollunion mit Italien machen liesse, dies mit Ungarn schwer möglich sei. Nebst den rein wirtschaftlichen Hindernissen müsse bemerkt werden, dass für eine Zollunion mit Ungarn unbedingt die Stabilität der ungarischen Währung vorausgesetzt werden müsste, die gegenwärtig nicht sehr solid sei. Weiters wies der Herr Bundeskanzler auf die bekannten Schwierigkeiten hinsichtlich des wirtschaftlichen Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn zu Zeiten der alten Monarchie hin und bemerkte, dies würde heute alles noch schwieriger sein. Man dürfe nicht vergessen, dass im Falle einer Zollunion mit Ungarn Oesterreich die Möglichkeit verlieren würde, seinen Industrieexport nach anderen Ländern zu erhöhen.“(ADÖ 9/1409)

Bereits am 13. April war es jedenfalls zu einer Ergänzung des ungarischen Handelsvertrags von 1932 gekommen. Ähnliche Notenwechsel zur Änderung von bilateralen Handelsübereinkommen erfolgten am 30. Juni mit der Schweiz, am 15. September mit Griechenland und am 14. November mit dem Deutschen Reich. Am 9. Juni 1933 einigte man sich mit Frankreich, am 9. August mit Jugoslawien

⁵⁴ Klaus *Hildebrand*, *Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945* (Stuttgart 1995) 586-589.

⁵⁵ Suvich an Dollfuß. Rom, 26. 1. 1934. Schreiben, persönlich, streng vertraulich. In: AdR, NPA, Italien I/III geheim.

über Zusatzvereinbarungen zu den Handelsverträgen, am 11. Oktober wurde mit Polen ein gemeinsamer Handelsvertrag abgeschlossen, am 26. Januar 1934 folgte jener mit Schweden.

Der Bürgerkrieg in Österreich fiel in eine Phase, in der Bundesregierung und Außenamt ausführlich die Anrufung des Völkerbundes als Mittel gegen die Bedrohung durch das Dritte Reich erörterten. Dollfuß beabsichtigte, den Konflikt mit dem Nationalsozialismus zu einer Prestigefrage des Völkerbundes und der Großmächte zu machen. Somit würde sich die NS-Agitation nicht bloß gegen das Regime in Wien, sondern auch gegen die internationale Staatengemeinschaft richten. Österreich habe ohnehin „beispiellose Geduld“ bewiesen, aber, so äußerte sich der Kanzler im Ministerrat am 5. Februar: „Auch ein kleines Land habe seine Ehre zu verteidigen.“⁵⁶

Ähnlich wie bereits anlässlich der „Selbstausschaltung des Parlaments“ bekundeten die europäischen Staatskanzleien dann auch im Zuge der Februarkämpfe zurückhaltend aber doch sogar ein gewisses Verständnis gegenüber den Maßnahmen der Regierungsgewalt. Der Widerstand der Regierung Dollfuß gegen den Anschluss war wichtiger als das Schicksal der Sozialdemokratie. Der französische Außenminister ließ Wien wissen, „er hoffe, dass das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Sozialisten ihm im Interesse Oesterreichs, für das hier *alle* Parteien seien, nicht zu grosse Schwierigkeiten mit den französischen Sozialisten bereiten werde.“ Auf jeden Fall könne Österreich seiner Sympathie und seines vollen Verständnisses gewiss sein.(ADÖ 9/1419 F) Am 15. Februar riet der Ministerrat in Paris nichtsdestoweniger Dollfuß zur Milde.

Der österreichische Gesandte in London, Franckenstein, brachte wiederum in Erfahrung, „dass die Mitglieder der britischen Regierung Verständnis für unbedingte Notwendigkeit der Wahrung und Durchsetzung der staatlichen Autorität in Oesterreich haben, wenn auch die angewendeten Mittel sie und die hiesige öffentliche Meinung tief bewegen. Das Kabinett und, wie ich aus zahlreichen Gesprächen ersehe, die hiesige öffentliche Meinung hegen die dringendste Hoffnung, dass österreichische Regierung, sobald sie die Situation vollkommen beherrsche, *sich* den Gefangenen und Gegnern gegenüber milde zeigen wird. Es besteht nicht der geringste Zweifel, dass ein zu scharfes Vorgehen und weitgehende Exekutionen eine für unser Interesse in Grossbritannien und, wie der französische Botschafter einem Freunde von mir sagte, auch in Frankreich verheerende Wirkung ausüben würde.“(ADÖ 9/1420 C) Der ebenfalls in London weilende Beneš deutete wiederum gegenüber Franckenstein an, dass die Prager Regierung den Vorgängen in Österreich gegenüber „eine zurückhaltende, durchaus korrekte Haltung“ an den Tag legen werde.(ADÖ 9/1420 D)

⁵⁶ Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII, 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Bd. 5: Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß. 3. November 1933 bis 16./17. Februar 1934, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel (Wien 1984) 537.

Was den Konflikt mit NS-Deutschland betraf, war die Bundesregierung schlussendlich doch noch vom Plan einer Anrufung des Völkerbundes abgekommen. Vielmehr überreichte man zur Beschwerdeführung nicht Genf sondern den drei europäischen Großmächten ein vom Außenamt zusammengestelltes Dossier mit Belegen für die antiösterreichische Agitation Deutschlands.⁵⁷ Ausgerechnet in jenen Tagen gelang es also, neben Rom auch die Regierungen in London und Paris zu einer am 17. Februar zwar getrennt abgegebenen, jedoch nichtsdestoweniger gemeinsamen Erklärung hinsichtlich der Notwendigkeit, „die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Österreichs in Übereinstimmung mit den diesbezüglichen Verträgen zu erhalten“, zu bewegen.⁵⁸ Als Habicht aber noch immer nicht von seinen Drohungen gegen die Bundesregierung lassen wollte, reagierte speziell Italien scharf, woraufhin sich der Nationalsozialismus in einer Art von „Neuem Kurs“ entschloss, vorerst eine deutlich gemäßigte Gangart einzuschlagen und von Anschluss und Gleichschaltung nicht mehr zu sprechen.⁵⁹

Dollfuß wiederum setzte in seinem Widerstand gegen das Dritte Reich mittlerweile mehr denn je auf die Unterstützung Italiens. Gemeinsam mit Ungarn schloss man am 17. März 1934 die „Römischen Protokolle“ ab.(ADÖ 9/1437) Der Bundeskanzler und Gömbös waren zur Unterzeichnung dieser Abmachungen in die italienische Hauptstadt gereist. Die offizielle Sprachregelung für die österreichische Diplomatie über die Entrevue lautete dabei dahingehend, „dass sich die in Rom mit Italien und Ungarn getroffenen Vereinbarungen in keiner Weise gegen irgendeinen Staat oder eine Gruppe von Staaten richten, sondern vielmehr letzteren bereitwilligst die Möglichkeit bieten, sich an der aktiven Aufbauarbeit zu beteiligen, die die drei Regierungen nach den vielen fruchtlosen theoretischen Diskussionen über die verschiedenen europäischen Wirtschaftspläne im Interesse nicht nur der drei Staaten selbst, sondern ganz Mitteleuropas und der europäischen Gemeinschaft überhaupt als nunmehr unerlässlich und unaufschiebbar erkannt haben.“(ADÖ 9/1440)

Tatsächlich waren die „Römischen Protokolle“, die neben ihren wirtschaftlichen Absichtserklärungen die gemeinsamen freundschaftlichen Beziehungen der drei Staaten betonten, deren Politik fortan aufeinander abgestimmt werden sollte, unter der Führung des faschistischen Königreichs einerseits gegen Berlin, andererseits aber auch gegen Paris, die Kleine Entente und eine Habsburgerrestauration gerichtet. Daran änderte auch die offizielle Beteuerung nichts, dass das politische Protokoll „keinerlei über unsere Freundschaftsverträge mit Italien und Ungarn hinausgehende Bindungen“ enthalte. Die Freundschaftsverträge Österreichs mit Italien vom 6. Februar 1930 und mit Ungarn aus den Jahren 1923 und 1931 wür-

⁵⁷ Dokumente zum Konflikt zwischen Deutschland und Österreich, ed. Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten. In: AdR, NPA, Deutschland I/12; Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII, Bd. 5, 542-545.

⁵⁸ Survey of International Affairs, 1934 (London 1935) 455.

⁵⁹ Low, The Anschluss Movement, 156-158.

den bereits, so hieß es gemäß der Sprachregelung nach außen weiter „– wie dies im Wesen eines Freundschaftsvertrages liegt – die freiwillige gegenseitige Verpflichtung zur freundschaftlichen Fühlungnahme über jene Fragen, die jeweils die beiden Staaten gemeinsam interessieren. Natürlich werden solche Freundschaftsverträge oft bloss unterzeichnet und bleiben ein Stück Papier, d. h. sie werden in der Praxis nicht gehandhabt, wodurch sie selbstverständlich wertlos sind. Die Bundesregierung steht nun auf dem Standpunkt, dass derartige feierliche Bekenntnisse einer politischen Freundschaft nicht nur unterzeichnet, sondern auch angewendet werden müssen, wenn sie überhaupt einen Wert darstellen sollen. Dies ist erfreulicherweise hinsichtlich unserer vertraglichen Freundschaftsbeziehungen zu *Italien* und zu *Ungarn* der Fall.“(ADÖ 9/1440)

Die Abmachungen dienten freilich sehr wohl der Festigung des Blocks der drei ideologisch verwandten Regime.⁶⁰ Der Ballhausplatz pflegte die Existenz eines Blocks unter italienischer Führung stets abzustreiten, aber es gab in Europa wohl niemanden, der das System der Römischen Protokolle als etwas anderes denn als Produkt autoritär orientierter Mitteleuropapolitik unter der Ägide Mussolinis sah. Nach der Ausschaltung der österreichischen Sozialdemokratie und dem Weiterbestehen der nationalsozialistischen Bedrohung war das katholisch-reaktionäre Regime in Wien – bei allen Vorbehalten gegenüber einer zu engen Bindung – eben in verstärktem Maße auf die Unterstützung Italiens angewiesen.

Der Ballhausplatz durfte auch auf Mussolini zählen, als dieser am 14. Juni 1934 erstmals mit Hitler zusammentraf.⁶¹ Anlässlich der Begegnung der beiden Diktatoren in Venedig nannte der Reichskanzler dem Duce seine Bedingungen für die Bereinigung der österreichischen Frage. Unter der Prämisse, dass der Anschluss außerhalb der Diskussion liege, müsse der Bundeskanzler eine parteiunabhängige Persönlichkeit sein. In landesweiten Wahlen sollte die österreichische Bevölkerung frei ihren Willen zum Ausdruck bringen dürfen. Die Nationalsozialisten müssten dann entsprechend des Wahlergebnisses an der Regierung teilnehmen. Schlussendlich fügte der Reichskanzler jedoch hinzu, dass die österreichische Frage im Einvernehmen zwischen Deutschland und Italien zu entscheiden sei. Mussolini erwiderte sodann, dass sich Dollfuß lediglich verteidige, und kein Regierungschef eine wie immer geartete Diskussion unter dem Druck terroristischer, aus dem Ausland organisierter Akte annehmen könne. Hitler beteuerte daraufhin, die Politik des Terrorismus zu missbilligen; dieser gehe aber entweder auf Kommunisten oder vielleicht auf österreichische Nationalsozialisten zurück, auf die die Reichsregierung keinerlei Einfluss habe.⁶²

⁶⁰ Näheres bei Peter *Enderle*, Die ökonomischen und politischen Grundlagen der Römischen Protokolle aus dem Jahre 1934 (Phil. Diss. Wien 1979).

⁶¹ Walter *Rauscher*, Hitler und Mussolini. Macht, Krieg und Terror (Graz-Wien-Köln-Regensburg 2001) 210-214.

⁶² Suvich an Dollfuß. Rom, 19. 6. 1934. Schreiben, GZ. 55 177/13. In: AdR, NPA, Deutschland IV/1 geheim. Siehe außerdem ADÖ 9/1455 A.

In seinem Resümee über die Zusammenkunft von Venedig teilte Dollfuß die Auffassung Suvichs, „wonach die Einstellung Herrn Hitlers zum Konflikt zwischen Deutschland und Oesterreich keinerlei Fortschritt aufweist.“ Dass dieser neuerdings von Wahlen spreche, beweise, „dass er sich in das Studium der neuen österreichischen Verfassung vom 1. Mai 1934 noch nicht eingelassen hat, da er sonst wissen müsste, dass Wahlen, wie sie gemeinglich auf Grund der demokratischen Prinzipien stattzufinden pflegten, in Hinkunft in Oesterreich nicht erfolgen.“ Abschließend drückte Dollfuß jedenfalls in seinem Schreiben an Suvich die Hoffnung aus, „dass die entschiedene Stellung, die Exzellenz Mussolini dankenswerter Weise zu dem Standpunkt Herrn Hitler’s eingenommen hat, auf Letzteren doch einen so starken Eindruck hinterlassen haben wird, dass er in Hinkunft mehr als bisher mit der ebenso klaren wie unerschütterlichen Einstellung des Duce zu Oesterreich und den mit Oesterreich zusammenhängenden Fragen rechnen wird. Unter den gegebenen Umständen beabsichtige ich eine zu erwartende Haltung einzunehmen und, wie bereits erwähnt, Charakter und Stärke unserer Defensive an Art und Intensität der Gewaltakte anzupassen.“(ADÖ 9/1461)

Der Putsch vom 25. Juli, der zweite Bürgerkrieg im Jahr 1934, war in erster Linie eine Aktion der österreichischen Nationalsozialisten rund um Habicht.⁶³ Theodor Hornbostel, ein Augenzeuge der Vorfälle am Ballhausplatz, schloss nach seinem Bericht über den 25. Juli auf „eine travestiierte Bande“ und bezeichnete die ganze Aktion zudem als „Köpenickiade“.⁶⁴ Mussolini wertete die Ermordung des Bundeskanzlers freilich als persönlichen Affront, denn Hitler hatte ihm nicht bloß zugesagt, auf den Anschluss zu verzichten, der Duce war mit Dollfuß auch freundschaftlich verbunden gewesen⁶⁵: „Die gleichen Ansichten, Temperament, Erziehung und Ursprung haben uns vereint“.(ADÖ 9/1471) Italien reagierte dementsprechend auf den Putsch. Mussolini beorderte einige Divisionen an die Brennergrenze und sicherte der Regierung in Wien telegrafisch jede Unterstützung für die Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs zu. In Wirklichkeit handelte es sich bei den italienischen Einheiten jedoch um Truppen, die in der Nähe der Grenze zu Österreich Übungen abhielten und sodann in Marsch gesetzt wurden. Auch wenn es sich also wieder einmal wohl nur um einen von Mussolinis notorischen Theaterdonnern handelte, erregte diese Machtdemonstration doch beträchtliches internationales Aufsehen.⁶⁶ Zum Unterschied zur blutigen Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ hatte Hitler

⁶³ Siehe Gerhard *Jagschitz*, Die österreichischen Nationalsozialisten. In: Österreich, Deutschland und die Mächte, 229-269, hier 242 f.

⁶⁴ Bericht Hornbostels über seine persönlichen Wahrnehmungen während der Ereignisse vom 25. Juli. Wien, 2. August 1934. In: AVA, NL Hornbostel; auch bei *Dörner* und *Dörner-Fazeny*, Theodor von Hornbostel, 84.

⁶⁵ Vgl. auch „Der Führer bin ich selbst“. Engelbert Dollfuß-Benito Mussolini Briefwechsel, ed. Wolfgang Maderthaner und Michaela Maier (Wien 2004).

⁶⁶ Vgl. Esmonde M. *Robertson*, Mussolini as Empire-Builder. Europe and Africa, 1932-36 (London 1977) 70-83.

zum gewaltsamen Vorgehen gegen die Bundesregierung am 25. Juli allerdings nicht den ausdrücklichen Befehl gegeben. Die offensichtlich zur Tat drängenden österreichischen Nationalsozialisten waren aber auch in keiner Weise zurückgehalten worden. Der „Führer“ und Reichskanzler selbst rechnete vielmehr mit einem Handstreich des Bundesheeres zum Sturz der Regierung. Am 26. Juli teilte Berlin dann offiziell mit, „dass keine deutsche Stelle in irgendeinem Zusammenhang mit den Ereignissen steht“.⁶⁷

Nach der Einschätzung des faschistischen Diktators war Hitler jedenfalls mit dem nationalsozialistischen Putsch in Österreich sehr wohl einverstanden gewesen. Gegenüber Vizekanzler Starhemberg soll er ihn sogar als „Mörder von Dollfuß“ bezeichnet haben. In einem Telegramm an den Heimwehrführer verurteilte er mit Abscheu und Bedauern die „unmittelbaren und entfernten Verantwortlichen“ für das Attentat. Zugleich stellte er klar, dass „die Unabhängigkeit Österreichs, für die Dollfuß gefallen ist“, ein Grundsatz sei, „der von Italien verteidigt worden ist und noch energischer verteidigt werden wird.“⁶⁸

Angesichts der allgemeinen Empörung im Ausland musste Hitler ein Zeichen setzen, mit dem er sich von dem Attentat distanzierte. Dementsprechend entließ er Habicht, löste die österreichische Landesleitung der NSDAP auf und berief den durch Verhandlungen mit den Putschisten kompromittierten Gesandten in Wien, Kurt Rieth, ab. Für einen Moment erwog er sogar, Göring als Sonderbotschafter nach Rom zu entsenden. In einem Schreiben bezeichnete er dem faschistischen Diktator gegenüber den gescheiterten Staatsstreich als „eine Aktion von Verzweifeln“, die „in der Nachfolge der Vorbereitungen Röhm’s“ stand. Mussolini wies jedoch die italienische Presse an, das Deutsche Reich und dessen politische Führung für den Putschversuch verantwortlich zu machen, woraus sich ein italienisch-deutscher Zeitungskrieg entwickelte.⁶⁹

Beunruhigt über die internationale Isolierung, suchte Hitler nun mehr denn je, die Gleichschaltung Österreichs auf evolutionärem Weg zu erreichen. Aus rein taktischen Motiven anerkannte er dem Schein nach die völkerrechtliche Souveränität des kleinen Nachbarn. Den österreichischen Nationalsozialisten wurde eine illegale Betätigung untersagt, die wirtschaftlichen Kampfmittel wurden sukzessive zurückgenommen. Franz von Papen wurde als Sondergesandter nach Wien geschickt. Mit der Ernennung dieses Rechtskonservativen aus dem Kreise Hindenburgs, der die Bestellung des NS-dominierten Kabinetts im Januar 1933 mit ermöglicht hatte, beabsichtigte Hitler, nach Einschätzung der österreichischen Diplomatie in Berlin, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie sollte gleichermaßen eine „große Geste“ nach innen, um die reichsdeutschen Konservativen

⁶⁷ Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Bd. 10 (Berlin o. J.) 264.

⁶⁸ Jens Petersen, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936 (Tübingen 1973) 362.

⁶⁹ Petersen, Hitler-Mussolini, 363-366.

wieder zu versöhnen, als auch eine nach außen sein, um seine Friedensbereitschaft gleich durch die Entsendung des Vizekanzlers besonders zu unterstreichen.(ADÖ 9/1468) Außerdem hatte der aus der Zentrumspartei stammende prominente Katholik das deutsche Konkordat mit dem Vatikan ausgehandelt. Privat hob Hornbostel wiederum hervor, „dass die Ernennung Papen’s nicht mit Enthusiasmus aufgenommen wurde [...]. Von allem Anfang an herrschte gewiss keine Begeisterung, sondern man erkannte darin sogleich eine Verlegenheitsgeste Hitler’s, um seine unmögliche Situation zu bessern, andererseits auch ein Eingeständnis der Niederlage seiner gewaltsamen Politik in Oesterreich.“⁷⁰

Am Ballhausplatz waren Hornbostels neue Vorgesetzte, Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger-Waldenegg, jedenfalls gewillt, den Kurs des ermordeten Vorgängers fortzusetzen. Dies konnte freilich bloß solange gelingen, als Österreich durch Italien Unterstützung erhielt. Rom benötigte dafür allerdings wiederum das gute Verhältnis zu den beiden Westmächten.⁷¹ Dieses wurde im Sommer 1934 durchaus unter Beweis gestellt. „Das Leben geht weiter und Oesterreich muss weiter leben“, äußerte sich der französische Außenminister sogleich nach der Nachricht über die Ermordung des Bundeskanzlers. „Die französische Politik weicht nicht von der alten Linie. Die österreichische Regierung kann weiterhin auf die vollste Unterstützung und Sympathie der französischen zählen“. (ADÖ 9/1463). In London meinte wiederum Vansittart Tage später in einem Gespräch mit dem Gesandten Franckenstein, „dass infolge der erwiesenen Komplizität Deutschlands an der Bluttat in Wien Grossbritannien, Italien und Frankreich näher zusammengedrückt seien.“(ADÖ 9/1480)

So schlug Österreich nach dem NS-Putsch eine neue Welle der Sympathie entgegen, die Schuschnigg fortan zu nutzen versuchte. Der italienische Kurs wurde freilich beibehalten. Von einer wirklich selbständigen Außenpolitik des Ballhausplatzes konnte aber ohnehin schon lange nicht mehr die Rede sein.⁷²

⁷⁰ Hornbostel an Rotter. Privatschreiben, Wien, 8. 8. 1934. In: AVA, NL Hornbostel; auch bei *Dörner* und *Dörner-Fazeny*, Theodor von Hornbostel, 87.

⁷¹ Siehe dazu Lord *Vansittart*, *The Mist Procession* (London 1958) 522; Siegfried *Beer*, *Der „unmoralische“ Anschluß*. Britische Österreichpolitik zwischen Containment und Appeasement 1931-1934 (Wien-Köln-Graz 1988) 213 ff.

⁷² Siehe dazu fortführend beispielsweise Gerald *Stourzh*, *Die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung*. In: *Österreich, Deutschland und die Mächte*, 319-346.